

Die deutsche Einheit als Beitrag zu einem System gesamteuropäischer Sicherheit. Hans-Dietrich Genschers Handschrift im Prozess der deutschen Einigung 1989/90

Teil II*

IV. Abrüstung als Beitrag zur deutschen Einheit

Abrüstung, so Hans-Dietrich Genscher im Januar 1990, habe bisher „eine Pionierrolle und Leitfunktion bei der Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen West und Ost“ gehabt. Angesichts des rasanten Umbruchs in Europa gelte es erneut, der „politischen Entwicklung hin zu breiter Kooperation in Europa ein rüstungskontrollpolitisches Fundament zu geben, das eine Rückkehr zu Konfrontation und Rüstungswettlauf zuverlässig ausschließt.“¹²¹

Dieses abrüstungspolitische Credo lebte der liberale Außenminister seit Jahren. Der Abbau militärischer Spannungen zwischen den hochgerüsteten ideologischen Blöcken war ein zentrales Anliegen der Entspannungspolitik. Wenn liberale Außenpolitik die Sicherung menschlicher Freiheit anstrebt, setzt individuelle Freiheit die menschliche Existenz voraus, die durch moderne Massenvernichtungswaffen tödlich bedroht ist.¹²² So besaßen Fragen von Rüstungskontrolle und Abrüstung stets zentrale Bedeutung im liberalen, und damit auch in Genschers politischem Konzept.

Insbesondere nach der „Wende“ 1989, als die Unionsparteien in ihrer Anlehnung an die zunächst einen recht harten Kalte-Kriegs-Kurs verfolgende Reagan-Administration nicht zu überbieten waren, hatte das Insistieren des FDP-Ministers auf Fortsetzung der Entspannungs- und Ostpolitik zugleich –

* Der erste Teil dieses Beitrags mit den Abschnitten I (Der Verbleib des geeinten Deutschlands in der westlichen Allianz), II (Beruhigung der Nachbarn in West und Ost) und III (Ringen um die Bestätigung der polnischen Westgrenze) erschien im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 33 (2021), S. 139–167.

121 Rede vor VKSE-Plenum in Wien, 25.1.1990. In: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik (wie Anm. 51), S. 75.

122 Vgl. Irmgard Adam-Schwaetzer: Die Kontinuität liberaler Außenpolitik. In: Wolfgang Mischnick (Hrsg.): Verantwortung für die Freiheit. 40 Jahre F.D.P. Stuttgart 1989, S. 304.

und mit Erfolg – der parteipolitischen Profilierung des kleineren Koalitionspartners gedient. Während Bundeskanzler Helmut Kohl im Herbst 1986 mit seinem unglücklichen Vergleich des KPdSU-Generalsekretärs Michail Gorbatschow mit dem nationalsozialistischen Propagandaminister Joseph Goebbels das bilaterale Verhältnis zur Sowjetunion in ein neues Tief stürzte, setzte der liberale Außenminister im Februar 1987 beim Weltwirtschaftsforum in Davos bewusst einen Gegenpunkt mit der Aufforderung, Gorbatschows Reformversprechungen von Perestroika und Glasnost ernst zu nehmen.¹²³

Als Gorbatschow 1986 überraschend die Forderung nach einer „Null-Lösung“ für nukleare Mittelstreckenwaffen aufgriff, die seit 1983 offiziell Verhandlungsposition des Westens bei den amerikanisch-sowjetischen Nukleargesprächen in Genf war, und im Frühjahr 1987 sogar eine „doppelte Null-Lösung“ anregte, die neben Mittelstreckenraketen längerer Reichweite (Long-Range Intermediate Nuclear Forces/LRINF mit 1000 bis 5500 km Reichweite) auch jene mit kürzerer Reichweite (Short-Range Intermediate Nuclear Forces/SRINF, 500 bis 1000 km) umfassen sollte, reagierten viele im Westen, voran das CDU-geführte Kanzleramt und Verteidigungsministerium, zunächst mit Ablehnung, weil sie eine gefährliche Lücke in der westlichen Verteidigung fürchteten. Es waren Genscher, das Auswärtige Amt und die FDP, die unter Inkaufnahme einer ernsthaften Koalitionskrise die zögerlichen Unionsparteien davon überzeugten, die doppelte Null-Lösung zu akzeptieren, die auch die USA und die meisten NATO-Verbündeten befürworteten.¹²⁴ Eine ausschlaggebende Rolle spielte der Außenminister zudem, als die Sowjetunion im Sommer 1987 ein letztes Hindernis vor Abschluss des INF-Vertrages am 8. Dezember aufbaute. Obwohl die Genfer Verhandlungen immer nur nukleare Mittelstreckensysteme der Supermächte behandelt hatten, forderte Moskau nun den Einbezug jener 72 Pershing Ia-Raketen der Bundeswehr, die als Trägersystem einen wesentlichen Bestand der westdeutschen Nuklearteilhabe bildeten (die Nuklearsprengköpfe unterstanden stets allein den USA). Trotz der Koalitionsvereinbarungen, die einen Einbezug der Pershing Ia in ein amerikanisch-sowjetisches INF-Abkommen klar ausschlossen, unterstützte Genscher demonstrativ die freiwillige Preisgabe der ohnehin veralteten Systeme, was Kohl letztlich zum Verzicht auf die Raketen zwang.

123 Vgl. Bulletin der Bundesregierung 1987, S. 93–97. Zur Gorbatschow-Rezeption grundlegend Hermann Wentker: Die Deutschen und Gorbatschow. Der Gorbatschow-Diskurs im doppelten Deutschland 1985–1991. Berlin 2020, bes. S. 143–159, 240–250.

124 Dazu und zum Folgenden Tim Geiger: Controversies Over the Double Zero Option. The Kohl-Genscher Government and the INF Treaty. In: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.): The INF Treaty of 1987. A Reappraisal. Göttingen 2020, S. 123–153. Vgl. ferner Philipp Gassert: West German Politics, the INF Treaty, and the Popular Dynamics of Peace. In: Ebd., S. 259–274.

Das eigenwillige, nicht unbedingt loyale Agieren des Außenministers hinterließ in der christlich-liberalen Koalition und auch im persönlichen Verhältnis Kohls zu seinem Duzfreund Narben.¹²⁵ Im Ostblock dagegen steigerte Genschers maßgeblicher Beitrag zum Zustandekommen des INF-Vertrags dessen Reputation und Vertrauenskapital.

Diese wuchsen weiter in der NATO-Kontroverse 1988/89 um die nuklearen Kurzstreckensysteme (Short-Range Nuclear Forces/SNF).¹²⁶ Nach Abschaffung der LRINF und SRINF fürchteten Amerikaner und Briten, die Sowjetunion wolle mittels einer „dritten Null-Lösung“ für SNF eine komplette Denuklearisierung in der Verteidigung Westeuropas herbeiführen. Statt Reduzierungsverhandlungen wollten Washington und London das dem Warschauer Pakt weit unterlegene westliche SNF-Arsenal vermehren und die Reichweite steigern. Die Bundesrepublik, die als Frontstaat des Kalten Krieges angesichts der geringen Reichweite der einzig denkbare Stationierungs-ort dieser neuen Systeme gewesen wäre, lehnte dagegen eine SNF-Modernisierung dezidiert ab, allen voran Außenminister Genscher: Kurzstreckensysteme würden nicht die den Nuklearwaffen in der Logik der NATO-Strategie zugesetzte politische Funktion erfüllen, durch Abschreckung Krieg zu verhindern – schließlich könnten SNF das Territorium eines potentiellen sowjetischen Aggressors gar nicht erreichen. Daher stünden, so Genscher in einer emotionalen Rede im Bundestag, in der SNF-Frage essentielle europäische und deutsche Interessen auf dem Spiel. SNF-Systeme würden Polen und Tschechen treffen, „die im Zweiten Weltkrieg so unendliches Leid ertragen mußten“, sowie die DDR als „den anderen Teil unseres Vaterlandes“. Das Wohl des deutschen Volkes, dem zu dienen sich die Bundesregierung qua Amtseid verpflichtet habe, ende aber „nicht an der Grenze mitten durch Deutschland. Die damit begründete nationale Verantwortung schließt meine Heimat, schließt die Stadt, in der ich geboren bin, und schließt die Menschen, die in der DDR leben, nicht aus, nein, diese Verantwortung schließt

125 Vgl. Helmut Kohl: Berichte zur Lage 1982–1989. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands. Düsseldorf 2014, S. 536; AAPD 1987 (wie Anm. 71), Dok. 139 und 246, S. 709 bzw. S. 1243 f. Bundeskanzler und Außenminister verweigerten dem anderen seither immer häufiger die Protokolle ihrer Gespräche mit ausländischen Politikern.

126 Vgl. Michael Broer: Die nuklearen Kurzstreckenwaffen in Europa. Eine Analyse des deutsch-amerikanischen Streits über die Einbeziehung der SRINF in den INF-Vertrag und die SNF-Kontroverse. Frankfurt am Main 1991; Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium 1982–1990. München 2005, S. 570 f.; Stefan Fröhlich: „Auf den Kanzler kommt es an“. Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung. Paderborn u.a. 2001, S. 176–186; Josef Holik: Die Rüstungskontrolle. Rückblick auf eine kurze Ära. Berlin 2008, S. 61–66.

diese Menschen ein.“¹²⁷ Eine SNF-Modernisierung lehnte Genscher daher klar ab, auch weil sie – ein Argument mit zusätzlichem Gewicht – sich zwangsläufig kontraproduktiv auswirke auf den längst in vollem Schwung befindlichen Umbruchsprozess im Osten.

Im Warschauer Pakt hinterließ es durchaus Eindruck, dass sich die Bundesregierung – erneut primär auf Genschers Betreiben – zum ersten Mal in einer entscheidenden Sicherheitsfrage dem Druck ihrer Verbündeten, voran den USA, erfolgreich widersetze. Der Konflikt, der zunehmend das Atlantische Bündnis zu spalten drohte, wurde beim NATO-Gipfel in Brüssel im Mai 1989 nur durch einen Formelkompromiss gelöst: Die Entscheidung über eine SNF-Modernisierung wurde schlicht auf 1992 verschoben und zunächst ein Fortschritt im Bereich der konventionellen Abrüstung angestrebt.

Erledigt war der SNF-Konflikt damit noch keineswegs. Nach den bisherigen Erfahrungen schloss das Bundeskanzleramt nicht aus, dass, falls die Sowjetunion für Entgegenkommen in der deutschen Frage eine vollständige Denuklearisierung Deutschlands fordern würde, Genscher diese Forderung übernehmen werde. Insofern galt solch ein Postulat Moskaus als gefährlicher als jenes nach Neutralität, die alle Koalitionsparteien unisono ablehnten.¹²⁸ Die amerikanische Regierung registrierte aufmerksam, dass von FDP-Seite weiter ein Aus für SNF gefordert wurde,¹²⁹ und räumte den potentiellen Störfaktor schließlich ab. Unmittelbar vor dem ersten Zwei-plus-Vier-Ministertreffen in Bonn gab die Bush-Administration bekannt, eine Modernisierung landgestützter Kurzstreckensysteme endgültig fallen zu lassen.¹³⁰ Mit dieser Entscheidung war, wie westdeutsche Medien meldeten, „der ‚Genscherismus‘ zur ‚NATO-Doktrin‘ erhoben worden“.¹³¹

Das Angebot zuvor verzögerter SNF-Verhandlungen gehörte nun zu jenem Neun-Punkte-Katalog, mit dem US-Außenminister James Baker Mitte Mai 1990 in Moskau sowjetischen Sicherheitsbedenken Rechnung tragen und dem Kreml die Zustimmung zur deutschen Einheit ermöglichen wollte.¹³² Auf dieser Liste stand außerdem ein weiterer deutscher ABC-Waffenverzicht, die Nichtstationierung von NATO-Truppen auf DDR-Gebiet, großzügige Übergangsfristen für den Abzug der bislang dort stationierten

127 Stenographische Berichte, 11. Wahlperiode, 140. Sitzung (27.4.1989), S. 10325, <http://dip.bundestag.de/dip21/btp/11/11140.pdf> (8.5.2022); vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 606–609.

128 Vgl. DBPO: German Unification (wie Anm. 29), Dok. 136, S. 277.

129 Vgl. Vier-Augen-Gespräch Bush mit Kohl in Washington, 17.5.1990. In: [https://bush4.library.tamu.edu/files/memcons-telcons/1990-05-17--Kohl%20\[1\].pdf](https://bush4.library.tamu.edu/files/memcons-telcons/1990-05-17--Kohl%20[1].pdf) (10.4.2022); Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 237.

130 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 122, S. 511 f. Der US-Verzicht umfasste jedoch nur landgestützte, nicht luftgestützte Systeme, deren Einführung die NATO weiter betrieb.

131 „Unbezahlte Rechnungen“. In: Der Spiegel Nr. 19 vom 6.5.1990, S. 27.

132 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 101, S. 505.

sowjetischen Streitkräfte, eine Überarbeitung der NATO-Strategie und die Zusage zur Fortführung der Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) in Wien.

Die KSE-Verhandlungen, die einen wichtigen, in der Historiographie aber erstaunlich unterbelichteten Faktor des deutschen Einigungsprozesses bilden, hatten seit März 1989 frühere Verhandlungen zwischen maßgeblichen NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten über „Mutual and Balanced Forces Reductions“ (MBFR) abgelöst, die sich – ebenfalls in der Wiener Hofburg – seit 1973 ergebnislos hingeschleppt hatten.¹³³ Inzwischen hatte sich das Ost-West-Klima gewandelt, wie der INF-Vertrag oder das im KSZE-Kontext verabschiedete „Stockholmer Dokument“ über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen von 1986 bewiesen. Zudem gab es drei wesentliche Unterschiede, die bei den KSE-Verhandlungen gleichsam als Lehren aus dem Scheitern der MBFR-Gespräche berücksichtigt wurden. Das betraf erstens das Vertragsgebiet: Bei MBFR fehlten wichtige Staaten wie das seit 1966 nicht mehr an der NATO-Militärintegration beteiligte Frankreich. Da nur der zentraleuropäische Konfrontationsraum, also beide deutschen Staaten, Benelux, Polen und die ČSSR, erfasst wurden, kam bei MBFR in ungünstiger Weise das Gewicht geopolitischer Parameter zum Tragen: Während die östliche Seite schlicht Truppen ins nicht vertragserfasste Hinterland hätte verlegen können, drohte im Fall der NATO die Rückverlegung von US-Truppen jenseits des Atlantiks und vor allem die dauerhafte Reduzierung der Bundeswehr, die nicht kurzfristig hätte kompensiert werden können. Genau darum bremste Genscher MBFR frühzeitig aus.¹³⁴ Die KSE-Verhandlungen umfassten dagegen das gesamte Territorium zwischen Atlantik und Ural, d. h. beinhalteten auch den Aufmarschraum der sogenannten „zweiten Staffel“ des Warschauer Pakts. Diese wurde auf westlicher Seite besonders

133 Zum Folgenden vgl. Tim Geiger: Friedensdividende: Abrüstung und der Wandel der Militärländer. In: Ders. u.a. (Hrsg.): Zwei plus Vier. Die internationale Gründungsgeschichte der „Berliner Republik“. Berlin/Boston 2021, S. 150–159; P. Terrence Hopmann: From MBFR to CFE. Negotiating Conventional Arms Control in Europe. In: Encyclopedia of Arms Control and Disarmament, Bd. 2, hrsg. von Richard Dean Burns. New York 1993, S. 977–989; Holik: Rüstungskontrolle (wie Anm. 126), S. 67–75; Nikolaus Meyer-Landrut: Die Entstehung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und die Herstellung der deutschen Einheit. Bonn 1992; Josef Holik: Abrüstung als Wegbereiter der Wende in Europa. Berlin 2017, S. 27–40.

134 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 561 f.; ferner AAPD 1976, bearb. von Matthias Peter, Michael Poletz und Tim Geiger. München 2007, Dok. 319, S. 1457; AAPD 1983, bearb. von Tim Geiger, Matthias Peter und Mechthild Lindemann. München 2014, Dok. 356, S. 1775; Holik: Rüstungskontrolle (wie Anm. 126), S. 38; Tim Geiger: Die Bundesrepublik und die NATO in den Siebziger- und Achtzigerjahren. In: Oliver Bange/Bernd Lembke (Hrsg.): Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990. München 2013, S. 177 f.

gefürchtet, da sie im Kriegsfall den Durchbruch an der festgefahrenen Front erzwingen sollte.

Zum zweiten war diesmal der Verhandlungsgegenstand eindeutiger: Sollten bei MBFR Personalstärken reduziert werden, bei denen aber weder über die Datengrundlage noch über den Reduzierungsmodus – linear, wie vom Osten gefordert, oder proportional, wie vom Westen verlangt gemäß der Devise: Wer mehr hat, muss auch mehr abbauen – je Einigkeit erzielt werden konnte, ging es bei den KSE-Verhandlungen um konventionelle Waffensysteme der Land- und Luftstreitkräfte; diese waren deutlich leichter zu ermitteln und zu verifizieren. Behandelt wurden die fünf gefährlichsten, für Angriffshandlungen nutzbaren Waffenkategorien: Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Artilleriewaffen großer Reichweite, Kampfhubschrauber und Kampfflugzeuge. Innerhalb dieser Kategorien sollte es für beide Blockseiten absolute sowie regional aufgeschlüsselte Obergrenzen geben. Und zum dritten war diesmal von Anfang an das gemeinsame Ziel, ein paritätisches Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau als bisher zu erreichen. Eine militärische Grundkonstante des Kalten Krieges, die quantitativ massive konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts, wurde so durch die KSE-Verhandlungen in Frage gestellt und im Erfolgsfall sogar revidiert. Es war absehbar, dass dies für die Sicherheit des Westens einen Quantensprung bedeuten würde, der dann wiederum substantielle Abrüstungsschritte im Bereich der Nuklear- und Chemiewaffen nach sich ziehen könnte.

Sein nachdrückliches Engagement für das KSE-Format unterstrich der Bundesaußenminister gleich zu Beginn des Jahres 1990 durch einen gemeinsamen Auftritt mit seinen italienischen und französischen Amtskollegen. Genscher, Gianni De Michelis und Roland Dumas warben für den zügigen Abschluss eines KSE-Abkommens noch vor Jahresende, an das sich direkt Folgeverhandlungen über Personalhöchststärken („Wien II“) anschließen sollten.¹³⁵ Parallel zu den KSE-Verhandlungen fanden als zweiter Strang der „Wiener Gespräche“ Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) im KSZE-Rahmen, also unter Einschluss der neutralen und nichtgebundenen Staaten Europas, statt. Diese VSBM bestanden u.a. in Manöverankündigungen und -beobachtungen, Transparenz in Militärhaushalten und weiteren Verifikationsmaßnahmen. Feindbilder sollten durch Direktkontakte zwischen den feindlichen Militärs abgebaut werden, wie dies Anfang 1990 erstmals mit einem gemeinsamen Seminar von Warschauer Pakt und NATO über Militärdoktrinen in Wien vorexerziert wurde.¹³⁶ Auf allerhöchster Ebene, beim Gipfeltreffen zwischen Bush und Gorbatschow

135 Vgl. Drahtbericht Nr. 109 des Botschafters Hartmann, Wien (VKSE), 25.1.1990, in: PA/AA, B 43 (Ref. 221), Bd. 163135; Auswärtiges Amt (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik (wie Anm. 51), S. 75–77.

136 Vgl. AAPD 1990, Dok. 51, S. 201–207.

Ende Mai 1990, machte die UdSSR deutlich, dass für sie „ein Abschluß der Wiener Verhandlungen sowie eine Verpflichtung zu Folgeverhandlungen Voraussetzung für den Abschluß der ‚2+4‘-Gespräche“ sei.¹³⁷

Allerdings zeichnete sich seit Frühjahr 1990 ab, dass der Warschauer Pakt immer mehr zerfiel: Nach entsprechenden bilateralen Verträgen mit der UdSSR zum Abzug von deren Truppen strebten Ungarn und die Tschechoslowakei immer offener aus dem Bündnis; Polen folgte, sobald ab Sommer finale Gewissheit über die Oder-Neiße-Grenze bestand, als deren Garanten Warschau die Sowjetsoldaten im Lande bislang akzeptiert hatte. Mit der deutschen Vereinigung drohte Moskau vor allem den bislang wichtigsten militärischen Verbündeten, die rund 100.000 Mann starke Nationale Volksarmee (NVA) der DDR, zu verlieren. Schlimmer noch, dabei würde zugleich die westdeutsche Bundeswehr verstärkt. Damals galt die rund 450.000 Mann starke, gut ausgerüstete und ausgebildete Bundeswehr als die nach den USA stärkste konventionelle Armee der NATO.¹³⁸ Und all das geschah vor dem Hintergrund der durch die immensen Verluste im Zweiten Weltkrieg nachvollziehbaren und politisch noch immer virulenten Ängste und Traumata der Sowjetunion.

Es lag mithin auf der Hand, dass der Kreml als Vorbedingung für die deutsche Einheit auf einer Reihe von sicherheitspolitischen Zugeständnissen des Westens bestehen würde. Dazu gehörten vorrangig eine Reduzierung und dauerhafte Begrenzung deutscher Streitkräfte, vor allem bei einer NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands, aber auch Belege für einen ernsthaften Wandel des westlichen Militärbündnisses, von dem nicht nur Genscher forderte, es müsse einen „politischeren Charakter“ erhalten. Aus Moskaus Perspektive war wichtig, dass sich die NATO bei ihrem Gipfel in London am 5./6. Juli 1990 auf eine Überprüfung der Strategie der „flexiblen Antwort“ verpflichtete, die im Osten wegen der darin enthaltenen Option eines nuklearen Ersteinsatzes als besonders bedrohlich empfunden wurde.

Schon bei der Ministerratstagung im schottischen Turnberry am 8. Juni 1990 hatte die NATO dem vormaligen Gegner „die Hand zu Freundschaft und Zusammenarbeit“ gereicht.¹³⁹ Konkreten Ausdruck fanden diese Bestrebungen zur „Entfeindung“ des Verhältnisses in einer gemeinsamen Erklärung der 22 Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts am Vorabend des KSZE-Gipfels in Paris, in der sich alle zu weiterer Abrüstung, einer rein defensiven Politik und zum Verzicht auf Gewaltanwendung ver-

137 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 166, S. 698.

138 Vgl. Geiger: Bundesrepublik (wie Anm. 134), S. 168.

139 Vgl. Europa-Archiv 1990, D 447–448. Die Formulierung ging maßgeblich auf Genschers Spitzendifdiplomaten Kastrup zurück, vgl. Kiessler/Elbe: Runder Tisch (wie Anm. 1), S. 154. Zur Tagung AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 171 und 173.

pflichteten.¹⁴⁰ Die Idee für eine Vereinbarung über ein neues Verhältnis beider Militärallianzen hatte die sowjetische Seite beim Bush-Gorbatschow-Gipfel in den USA vom 30. Mai bis 2. Juni 1990 entwickelt;¹⁴¹ auch mit Genscher erörterte Schewardnadse diese Idee mehrfach.¹⁴² Die USA und andere NATO-Partner betrachteten diesen Vorschlag zunächst skeptisch, da sie nicht durch eine Block-zu-Block-Erklärung den in Auflösung befindlichen Warschauer Pakt künstlich wiederbeleben wollten.¹⁴³

Genscher teilte diese Befürchtung nicht. Für das Schicksal des Warschauer Pakts sei die Erklärung irrelevant, erläuterte er dem zögernden deutschen NATO-Generalsekretär Manfred Wörner, entscheidend sei, dass sie Moskau den „Verbleib Deutschlands in der NATO“ erleichtere.¹⁴⁴ Statt zwischen den Bündnissen als solchen solle die Verlautbarung zwischen deren Mitgliedstaaten geschlossen werden. Ministerialdirektor Dieter Kastrup brachte es auf den Punkt: „Bei den Gesprächen [Genschers mit Schewardnadse] in Brest und Münster sei klar geworden, daß die SU die gemeinsame Erklärung als Vorwand suche, um die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zu akzeptieren. Die Geschichte sei eindeutig für den Hausegebrauch gemacht.“¹⁴⁵

Bundeskanzler Kohl teilte diese Analyse und machte sich für eine Nichtangriffsvereinbarung zwischen den NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten stark.¹⁴⁶ Dass das Communiqué des Londoner NATO-Gipfels am Ende den Vorschlag für eine gemeinsame Erklärung aller Mitglieder der beiden Militärbündnisse enthielt, man betrachte sich nicht länger als Gegner und enthalte sich künftig jeder Drohung oder Gewaltanwendung gegen das Territorium oder die Selbständigkeit eines anderen Staates,¹⁴⁷ war wesentlich auf das Drängen der Bundesregierung zurückzuführen. Auch bei der Vorbereitung

140 Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik, (wie Anm. 51), S. 258 f.

141 Vgl. Galkin/Tschernjajew (Hrsg.): Gorbatschow (wie Anm. 17), Dok. 96, S. 432 f., bzw. The Last Superpower Summits. Gorbachev, Reagan, and Bush. Conversations that ended the Cold War. Hrsg. von Svetlana Savranskaya und Thomas Blanton. Budapest/New York 2016, Dok. 99, S. 668; ferner AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 166, S. 698; Lehmann (Hrsg.): Außenpolitik der DDR (wie Anm. 39), Dok. 143, S. 714 f.

142 Vgl. Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 32, S. 165 (dort irrtümlich auf 7. statt 5.6.1990 datiert), Dok. 35, S. 174; Dok. 37, S. 195 f.; ferner Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 112, S. 556 f., bzw. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 186, S. 762.

143 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 112, Anm. 3, S. 556.

144 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 170, S. 714. Danach befürwortete Wörner die gemeinsame Erklärung, vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 112, S. 558.

145 Vgl. Deutsch-französische Direktorenkonsultation am 20.6.1990. In: PA/AA, B 38 (Ref. 210), Bd. 198457.

146 Vgl. Stenographische Berichte, 11. WP, 117. Sitzung (21.6.1990), https://www.bundestag.de/resource/blob/707042/bf9dbca1f71a83f81906158607096821/kw31_faktionslose_protokoll_21061990-data.pdf, S. 17147 (8.5.2022); Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 324, S. 1249, Dok. 330A, S. 1277.

147 Vgl. Ziffer 6 der Londoner Erklärung, 5.7.1990, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23693.htm?selectedLocale=en (10.4.2022).

des KSZE-Gipfels im November 1990 blieb diese gemeinsame Erklärung ein Hauptanliegen der Deutschen und Sowjets.¹⁴⁸

Wiederholte die sowjetische Seite deutlich, dass eine andere Schlüsselfrage die Festlegung einer dramatisch reduzierten Höchststärke der künftigen gesamtdeutschen Armee sei. Diese wollte Moskau zunächst im Zwei-plus-Vier-Rahmen fixieren. Eine solche Singularisierung der Bundesrepublik, die fatal an den Versailler Friedensvertrag erinnert hätte, mit dem Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg ein Rumpfheer von maximal 100.000 Mann auferlegt worden war, sollte aus Sicht Bonns und der Westmächte verhindert werden; die künftige Obergrenze wollten sie stattdessen im Rahmen der Wiener KSE-Verhandlungen gelöst sehen. Tatsächlich lenkte Moskau ein, die Bundeswehr-Höchststärke jenseits des Sechserrahmens zu lösen.¹⁴⁹ Problematisch blieb jedoch, dass bei den KSE-Gesprächen erst in Folgeverhandlungen Personalstärken festgelegt werden sollten. Am Ende wurde eine Lösung bilateral zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erzielt, wobei sich Bonn eng mit Washington und den NATO-Verbündeten abstimmte.

Zunächst hatte der sowjetische Außenminister in einem dreistündigen Gespräch mit Genscher am 23. Mai in Genf gefordert, die Deutschen sollten ihre Streitmacht binnen drei Jahren auf 200.000 bis 250.000 Mann reduzieren. Das hätte die Bundeswehr halbiert. Genscher signalisierte zwar Bereitschaft zum Truppenabbau, forderte aber, dies ins Verhältnis zur Reduktion anderer Streitkräfte zu setzen; eine Singularisierung Deutschlands lehnte er ab.¹⁵⁰

Immer deutlicher zeichnete sich ab, wie verwoben die Materie der unterschiedlichen Verhandlungsforen war: Die Sowjets bekundeten, dass eine niedrige Bundeswehr-Höchstgrenze für sie nicht nur Voraussetzung für die deutsche Einheit, sondern auch für einen KSE-Vertrag sei.¹⁵¹ Dessen Abschluss vor Jahresende hatten wiederum die USA zur Voraussetzung für ihre Zustimmung zu jenem von den Sowjets initiierten und rasch allgemein akzeptierten KSZE-Gipfel im Herbst gemacht,¹⁵² bis zu dem wiederum – nach allgemeiner Zustimmung aller Beteiligten – die äußeren Aspekte der

148 Vgl. Nicolas Badalassi/Jean-Philippe Dumas (Hrsg.): Reconstructing Europe. 45 Years after Yalta. The Charter of Paris (1990). Paris 2021, Dok. 15, S. 133 f.

149 Schewardnadse gestand dies nach dem Gespräch mit Genscher in Genf am 23.5.1990 in der Pressekonferenz zu, vgl. Kiessler/Elbe: Runder Tisch (wie Anm. 1), S. 145 f.; vgl. Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 36, S. 190.

150 Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 30, S. 154, 157; Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 788–796, bes. S. 792 f.

151 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 166, S. 698; Drahtbericht Nr. 835 v. 26.6.1990. In: PA/AA, B 150 (offengelegte Verschlusssachen), Bd. 761.

152 Vgl. Zelikow/Rice: Germany Unified (wie Anm. 1), S. 262; Schreiben Baker an Genscher, 24.4.1990. In: PA/AA, B 1 (Ministerbüro), Bd. 178925.

deutschen Einheit geregelt sein sollten.¹⁵³ Eine Lösung war also nur im Gesamtpaket zu erreichen. Dabei galt es zu vermeiden, dass sich die einzelnen Stränge zu einem unlösbaren Knäuel verwirrten.

Aus genau diesem Grund stoppte der amerikanische Nationale Sicherheitsrat im Mai einen ersten Vorstoß aus Genschers Ministerium. Dessen Abrüstungsabteilung hatte die Idee entwickelt, das sowjetische Insistieren auf radikaler Bundeswehr-Reduktion mit dem westlichen Streben nach Nicht-Singularisierung Deutschlands dadurch auszubalancieren, dass in der KSE-Zone „Mitte“ (Großbritannien, Frankreich, Benelux, beide deutschen Staaten, Tschechoslowakei, Polen sowie die westlichen Militärbezirke der UdSSR) kein einziges Land mehr als 400.000 Mann stationiert haben dürfe. Doch in Washington fürchtete man, diese Zahl werde das sowjetische Sicherheitsbedürfnis nicht hinreichend befriedigen; stattdessen werde die Pandora-Büchse der von MBFR bekannten endlosen Personalstärken-Diskussionen geöffnet – und der Zug zur deutschen Einheit entgleise.¹⁵⁴ Entsprechend nannte Genscher gegenüber Schewardnadse noch keinerlei konkrete Zahlen.¹⁵⁵

Am Rande des Treffens „über die menschliche Dimension“ der KSZE in Kopenhagen insistierte Schewardnadse am 5. Juni allerdings bei US-Außenminister Baker, für das sowjetische Sicherheitsbedürfnis müsse eine niedrigere Bundeswehr-Höchststärke zeitnah und nicht erst bei künftigen KSE-Folgeverhandlungen in Wien festgelegt werden. Dann und bei entsprechender Transformation der NATO könne Moskau „einer Wiedervereinigung mit NATO-Zugehörigkeit zustimmen.“¹⁵⁶ Unmittelbar zuvor empfahl Schewardnadse Genscher, die Bundesregierung solle sich doch am einfachsten in einer „freiwilligen Erklärung“ auf eine neue Streitkräfteobergrenze verpflichten.¹⁵⁷

Diesen Gedanken übernahm der Leiter der Abrüstungsabteilung im Auswärtigen Amt, der offiziell als „Abrüstungsbeauftragter der Bundesregierung“ firmierende Josef Holik, in einem auf Genschers Geheiß entwickelten Papier, das während des NATO-Ministerrats in Turnberry am 6./7. Juni im kleinsten westlichen Kreis zirkulierte. Der „Holik-Plan“ sah eine Erklärung beider deutscher Staaten vor, sich bereits jetzt zur Reduzierung ihrer Land-

153 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 192, S. 864 f., 869, Dok. 325, S. 1251.

154 Vgl. Zelikow/Rice: Germany Unified (wie Anm. 1) S. 268; Holik: Abrüstung (wie Anm. 133), S. 34. Das Bundeskanzleramt schloss sich den US-Bedenken an und bremste das AA, vgl. Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 251–253; Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 293, S. 1161 f.

155 Vgl. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 792.

156 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 165, S. 694.

157 Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 32, S. 164–168, hier S. 167; Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 817 f. Auch beim DDR-Außenminister Meckel plädierte Schewardnadse am 7.6.1990 in Moskau für eine Streitkräfteobergrenze, die die Deutschen selber vorschlagen müssten. Vgl. Lehmann (Hrsg.): Außenpolitik der DDR (wie Anm. 39), Dok. 132, S. 697.

und Luftstreitkräfte (nur diese waren KSE-Gegenstand) auf eine noch zu bestimmende Höchstgrenze zu verpflichten. Die anderen KSE-Verhandlungstaaten sollten sich zeitgleich darauf festlegen, ihre bestehende Truppenstärke nicht mehr zu erhöhen, sondern bei unmittelbar beginnenden Wien-II-Verhandlungen dann ebenfalls zu reduzieren.¹⁵⁸ Damit wurde die Balance gehalten, schon jetzt für die Sowjets eine künftige Bundeswehr-Höchststärke zu fixieren, ohne indes Deutschland dauerhaft zu singularisieren und dabei noch die als kompliziert erwartete Debatte über künftige Personalstärken aller NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten auf die Zeit nach einer deutschen Einheit zu verlagern. Diesen Königsweg empfahl auch der Londoner NATO-Gipfel am 5. Juli.¹⁵⁹ Über diese Überlegungen hatte Genscher seinen sowjetischen Kollegen bereits unter vier Augen bei ihrem Gespräch im weißrussischen Brest am 11. Juni in Kenntnis gesetzt; die Frage der Bundeswehr-Truppenobergrenze bildete dabei einen Schwerpunkt. Bei diesem, auch psychologisch wichtigen Treffen – symbolträchtig legten beide Außenminister Blumen am Kriegsgrab von Schewardnadses Bruder nieder – machte die sowjetische Seite erneut eindringlich deutlich, dass für sie die Streitkräfte-Höchstgrenze einen Knackpunkt bei der deutschen Einigung bildete.¹⁶⁰

Doch welche Größe sollte die Bundeswehr künftig haben? Dass die NVA als unauflöslich in den SED-Staat verstrickte „Parteiamee“ aufgelöst werden würde, stand für die Bundesregierung längst fest,¹⁶¹ während die frei gewählte DDR-Regierung von Ministerpräsident de Maizière hier noch lange Illusionen hegte. In Genf und in Münster, ebenso auf der allgemein als Rückschritt empfundenen zweiten Zwei-plus-Vier-Ministertagung am 22. Juni in Berlin-Niederschönhausen nannte Schewardnadse je-

158 Vgl. Zelikow/Rice: Germany unified (wie Anm. 1), S. 286 f., 308; Holik: Rüstungskontrolle (wie Anm. 126), S. 72; ders.: Abrüstung (wie Anm. 133), S. 34 (jeweils mit falscher Datierung); AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 170, Anm. 5, S. 713 f.

159 Vgl. Ziffer 12 und 13 der Londoner Erklärung, 5.7.1990, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23693.htm?selectedLocale=en (10.4.2022). Genscher hatte diesen Ansatz bereits am 28.6.1990 in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik öffentlich gemacht. Vgl. „Genscher: Sowjetunion in Europa einbeziehen“. In: FAZ vom 29.6.1990, S. 5.

160 Vgl. Diplomatie für die deutsche Einheit (wie Anm. 2), Dok. 34–36, S. 170–194; Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 805–815. Genscher nennt rückblickend die Begegnung das „vielleicht wichtigste deutsch-sowjetische Treffen im Vorfeld der Einigung“ (S. 805), vernebelt aber die zentrale Streitkräfte-Frage, indem er sie zu einem Detail herunterspielt: „Wenn für Schewardnadse die Hauptfrage nur noch darin bestand, wie groß die Armee im vereinigten Deutschland sein würde, dann waren wir über den Berg.“ Die von ihm dort genannten Zahlenangaben von 350.000 bis 400.000 Mann für die Bundeswehr lassen sich in den deutschen Gesprächsprotokollen nicht nachweisen.

161 Vgl. Einheit (wie Anm. 2), Dok 102, S. 514; Kohl: Berichte (wie Anm. 125), S. 147.

weils 200.000 bis 250.000 Mann.¹⁶² DDR-Außenminister Markus Meckel (SPD), seit jeher bekennender Vertreter der Friedensbewegung und insofern engagierter Verfechter weitestmöglicher Abrüstung, forderte bei derselben Veranstaltung ebenfalls eine künftige deutsche Streitkräftehöchstgrenze von 300.000 Mann.¹⁶³ In einem Gespräch mit Genscher am Vorabend hatte er diesen vergeblich zu einer gemeinsamen Initiative bei diesem Thema zu bewegen versucht; der Bundesminister hatte abgewunken, obwohl die Experten des Auswärtigen Amts dieselbe Zahl vorschlugen.¹⁶⁴

Ein Grund mag gewesen sein, dass es über die Truppenstärke einen handfesten Konflikt zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung gab. Gerhard Stoltenberg und Generalinspekteur Dieter Wellershoff hatten sich auf eine Zahlenmarge zwischen 380.000 und 400.000 Mann festgelegt – eine Größenordnung, deren politische Durchsetzbarkeit indes selbst auf der Hardthöhe bezweifelt wurde.¹⁶⁵ Genscher dagegen hielt jede Zahl über 350.000 für die sowjetische Seite für nicht akzeptabel.¹⁶⁶ Zudem entsprach diese Zahl exakt den schon am 15. Januar vom FDP-Bundesvorstand verabschiedeten „Eckwerten zur Verteidigungspolitik“ der Liberalen.¹⁶⁷ Diese forderten seit Frühjahr 1990 wiederholt eine drastische Kürzung der Vereidigungsausgaben und der Grundwehrdienstzeit, insbesondere Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann, der weithin als Genschers „Minenhund“ galt.¹⁶⁸

162 Vgl. Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 30, S. 153 bzw. Dok. 37, S. 207 (in Brest am 18.6. sprach Schewardnadse zeitweilig von 250.000 bis 300.000 Mann, vgl. ebd., Dok. 35, S. 186); Lehmann (Hrsg.): Außenpolitik der DDR (wie Anm. 39), Dok. 165, Anlage 3, S. 756.

163 Vgl. Lehmann (Hrsg.): Außenpolitik der DDR (wie Anm. 39), Dok. 165, Anlage 4, S. 761.

164 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 124, S. 599; AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 188, S. 776.

165 Vgl. Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 258; Christoph Nübel (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Militärgeschichte 1945–1990. Bundesrepublik und DDR im Ost-West-Konflikt. Berlin 2019, Dok. 205, S. 857–860; Ulrich Weisser: Strategie als Berufung. Gedanken und Erinnerungen zwischen Militär und Politik. Bonn 2011, S. 109.

166 Vgl. Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 294 f. In seinen Memoiren beziffert Genscher seine Vorstellungen durchgängig auf zwischen 350.000 bis 400.000, vgl. ders.: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 792, 812, 815. Das erscheint fragwürdig: Auch AA-Staatssekretär Sudhoff sprach schon im April davon, die künftige Truppenstärke werde „eher bei 300.000 als bei 400.000 liegen“, vgl. Gehler/Graf: Österreich (wie Anm. 29), Dok. 146, S. 596. Baker vermerkte am 5.6.1990, Schewardnadse habe ihm nach dem Gespräch mit Genscher deutsche Zahlenvorstellungen von 280.000 bis 300.000 Mann genannt, vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 165, S. 694.

167 Vgl. „F.D.P.-Bundesvorstand zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik“, in: fdk (freie demokratische korrespondenz) Nr. 14 vom 15. Januar 1990 sowie ADL, Bestand FDP-Bundesvorstand, 17119 (Ich danke Fabian Theurer und Ewald Grothe für diesen Hinweis.).

168 Vgl. Deutschland 1990 (wie Anm. 85), Bd. 66, S. 570; Express vom 4.3.1990, In: Ebd., Bd. 18, S. 10987; Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 294; AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 290, S. 1235 f. Zum Verhältnis Genscher – Möllemann vgl. Schwarz: Kohl (wie

Der Kanzler unterstellte der FDP daher, auf ein Ende der Wehrpflicht abzuzielen und die Bundeswehr ernsthaft schwächen zu wollen. Auch deshalb tendierte er bei der Bundeswehr-Obergrenze zu seinem Parteifreund im Verteidigungsministerium. Noch auf dem Flug zu jenen Gesprächen, die am 15./16. Juli 1990 in Moskau und dem Kaukasus den Durchbruch im deutschen Einigungsprozess bringen sollten, kam es darüber zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen Kohl und Genscher.¹⁶⁹ Anderntags setzten sie in einem gekonnten Zusammenspiel bei der sowjetischen Seite die skizzierte Lösung durch: eine deutsche Verpflichtungserklärung zur Truppenreduzierung, die sich in den nächsten drei bis vier Jahren parallel zum vollständigen Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der DDR vollziehen sollte. Dies würde im Vorgriff auf eine Gesamtregelung der Truppenstärke aller KSE-Teilnehmerstaaten geschehen, die sich bis dahin auf eine Nichterhöhung ihrer Armeen verpflichteten. Künftig würde die Bundeswehr maximal 370.000 Mann umfassen.¹⁷⁰ Da bei den KSE-Verhandlungen jedoch nur über Land- und Luftstreitkräfte verhandelt wurde, wurde zusätzlich spezifiziert, dass diese für das vereinigte Deutschland maximal 345.000 betragen würden.¹⁷¹ Eine entsprechende Verpflichtungserklärung gab Genscher am 30. August 1990 im Wiener KSE-Plenum ab. Die DDR schloss sich dieser Erklärung ausdrücklich an.¹⁷²

Welches Gewicht diese Streitkräfte-Erklärung als Vorbedingung der Einheit hatte, zeigt sich darin, dass sie in toto in Artikel 3 des Zwei-plus-Vier-Vertrages inkorporiert wurde. Auch dem KSE-Vertrag vom 19. November 1990 ist Genschers Streitkräfte-Erklärung beigefügt,¹⁷³ ebenso wie eine Verpflichtungserklärung aller übrigen Teilnehmerstaaten, bestehende Streitkräftezahlen für die Dauer der Wiener Folgeverhandlungen nicht zu erhöhen. Diese Wien II-Verhandlungen über Personalstärken mündeten 1992 in einer entsprechenden Festlegung der Streitkräftehöchstzahlen aller Teilnehmer.¹⁷⁴

Anm. 15), S. 388, und Jürgen Möllemann: Klartext. Für Deutschland. München 2003, S. 36.

169 Vgl. Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 317; Kiessler/Elbe: Runder Tisch (wie Anm. 1), S. 177; Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 831; Helmut Kohl: Erinnerungen 1990–1994. München 2007, S. 165; Theo Waigel, In: Ders./Manfred Schell (Hrsg.): Tage, die Deutschland und die Welt veränderten. Vom Mauerfall zum Kaukasus. Die deutsche Währungsunion. München 1994, S. 27 f.

170 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 353, S. 1363–1366.

171 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 246, S. 1045–1050.

172 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 147, S. 681–684.

173 Für den Wortlaut vgl. Europa-Archiv 1990, D 607–654; zum Abkommen vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 385, S. 1605–1609 u. Runderlass Nr. 87 v. 26.11.1990, in: PA/AA, B 5 (Ref. 012–9), Bd. 161322.

174 Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.): 20 Jahre KSZE 1973–1993. Eine Dokumentation. Bonn 1993, S. 440–451.

Die Lösung der Problematik Bundeswehr-Höchststärke erleichterte maßgeblich den Abschluss des KSE-Vertrags, der – zusammen mit der erwähnten Erklärung der Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt – von diesen am Vorabend des KSZE-Gipfels in Paris unterzeichnet wurde. Der KSE-Vertrag, ergänzt um das ebenfalls zeitgleich beendete VSBM-Paket (sogenanntes „Wiener Dokument“),¹⁷⁵ führte zu einem tiefen Einschnitt in die bisherigen konventionellen Rüstungsarsenale, die dramatisch abgeschmolzen wurden. Jede Blockseite¹⁷⁶ durfte nur noch ein begrenztes Kontingent an Offensivwaffen besitzen, die nochmals in nationale Obergrenzen aufgeschlüsselt wurden; kein Staat sollte künftig mehr als ein Drittel der im Anwendungsgebiet zulässigen Waffen besitzen – was primär die UdSSR zum Waffenabbau zwang. Da sich die Bundesrepublik zusätzlich das gesamte Gerät der bisherigen NVA der DDR anzurechnen hatte, lag Deutschland bei der Waffenverschrottung in absoluten Zahlen nach der Sowjetunion an zweiter Stelle und hatte prozentual den höchsten Reduzierungsanteil aller Vertragsstaaten.¹⁷⁷

Wie von NATO-Experten prognostiziert,¹⁷⁸ veränderte der KSE-Vertrag die Sicherheitslage in Europa grundlegend. Fortan war strukturell keine Seite zu großangelegten Überraschungsangriffen mehr in der Lage. Dies war ein immenser Sicherheitsgewinn für Ost und West und für die NATO eine grundlegende Voraussetzung, der jenen auf „Entfeindung“ zielenben Umbau ihrer bisherigen Struktur erst ermöglichte. Diese sicherheitspolitischen Veränderungen wiederum waren für die UdSSR ein unumgängliches Präjudiz für ihre Zustimmung zur deutschen Einheit. Durch sein kontinuierliches Engagement für eine realistische Abrüstungspolitik hatten Genscher und die Abrüstungsexperten seines Hauses an diesem Ergebnis maßgeblichen Anteil.

¹⁷⁵ Vgl. Europa-Archiv 1991, D 463–484; AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 386, S. 1610–1613; Runderlass Nr. 88, PA/AA, B 5 (Ref. 012–9), Bd. 161322.

¹⁷⁶ Trotz des Zerfalls des Warschauer Pakts wurde aus Praktikabilitätsgründen am ursprünglichen Block-zu-Block-Ansatz festgehalten, auch wenn die Gespräche längst „Verhandlungen der westlichen Allianz mit der Sowjetunion und den anderen östlichen Staaten“ glichen, „wobei die westlichen Positionen häufig bei letzteren Unterstützung“ fanden, vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 231, S. 989.

¹⁷⁷ Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 385, S. 1605–1609; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa. Mehr Sicherheit mit weniger Waffen. Bonn o. J. [1991], S. 19.; <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/abruestung-ruestungskontrolle/uebersicht-konvalles-node/kse-vertrag-node> (8.2.2021); Meyer-Landrut: Entstehung (wie Anm. 133), S. 49.

¹⁷⁸ Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 204, S. 845 f.

V. Die KSZE als „goldene Brücke“ zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem

Konsequent hatte sich Genscher für den Ausbau und die Stärkung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eingesetzt. Den KSZE-Prozess pries der Außenminister als „*Magna Charta der Stabilität*“¹⁷⁹ intern nannte er die Helsinki-Schlussakte von 1975 „das bedeutendste systemübergreifende Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte“.¹⁸⁰ Der multilaterale KSZE-Ansatz entsprach Genschers liberalen politischen Grundaxiomen: Seit Ende der 1950er Jahre war die FDP für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem eingetreten, also bereits zu einer Zeit, in der unionsgeführte Bundesregierungen solch ein Projekt noch kategorisch ablehnten, da es mit der Bestätigung des territorialen Status quo – und mithin der deutschen Teilung – primär den Interessen des Ostblocks diente.¹⁸¹ Die sozial-liberalen Bundesregierungen hatten dagegen das Potential der KSZE erkannt und tatkräftig geholfen, sie als blockübergreifendes, die Neutralen und Nichtgebundenen-Staaten als Vermittler inkorporierendes, gesamteuropäisches Kontakt- und Kommunikationssystem zu etablieren. Entgegen den ursprünglichen Intentionen des Ostblocks schloss dieses auch die transatlantischen Partner USA und Kanada mit ein. Jenseits aller tagespolitischen Konflikte zwangen die zunächst in eher loser Folge stattfindenden KSZE-Treffen die Teilnehmerstaaten zu einem institutionalisierten Dialog, der allmählich wechselseitiges Verständnis wachsen ließ, selbst bei strittigen Fragen. Die verschiedenen „Körbe“ der KSZE boten zahllose Kontaktpunkte, denn sie reichten von politischen Grundsatzfragen über Wirtschafts-, Wissenschafts-, Technologie- und Umwelt-Kooperationen sowie von Abrüstungsfragen bis hin zu einem Katalog individueller Menschenrechte. Im Geist der Entspannungspolitik verpflichtete die KSZE dabei alle Teilnehmer auf zentrale Grundprinzipien wie einen Gewaltverzicht, die Unantastbarkeit, aber nicht Unveränderbarkeit bestehender Grenzen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Letzteres manifestierte sich in der sog. „Hamlet-Formel“, also der freien Entscheidung jeden Landes, ob es Mitglied eines Bündnisses sein wolle oder eben nicht. War die KSZE ohne Genschers Zutun initiiert worden, war ihr verbindendes, vertrauensbildendes und zugleich

179 Rede vor VKSE-Plenum, 25.1.1990. In: Deutsche Außenpolitik (wie Anm. 51), S. 77.

180 Zit. n. Lambach: Streifzüge (wie Anm. 5), S. 108.

181 Vgl. Tim Geiger: Frieden, Sicherheit und Einheitsstreben im Kalten Krieg. Zur Außen- und Deutschlandpolitik der FDP in den 1950/60er Jahren. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 31 (2019), S. 199–227, hier S. 211–216.

Transformation ermöglichtes Potential ihm seit Übernahme des Auswärtigen Amts 1974 in Fleisch und Blut übergegangen.¹⁸²

Als Gorbatschow im Herbst 1989 anregte, das nächste für 1992 ange setzte KSZE-Haupttreffen auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs anzuheben und auf 1990 vorzuziehen, war Genscher unter den ersten, die diesen Vorschlag unterstützten; die USA und andere reagierten zunächst zurückhaltend.¹⁸³ Die Bundesregierung half, dass Europäische Gemeinschaft (EG) und NATO dem sowjetischen KSZE-Gipfelwunsch zustimmten, auch wenn erst im Sommer 1990 feststand, dass das Treffen Ende November in Paris stattfinden sollte.¹⁸⁴ Die mit dem Gipfelprojekt implizierte Einbettung der deutschen in eine gesamteuropäische Entwicklung entsprach jedenfalls Bonns Intentionen, um bestehende Ängste der Nachbarn zu mindern.

Früh warb der Außenminister für eine Vertiefung und Institutionalisierung der KSZE, die bislang keine permanente internationale Organisation war, sondern nur eine Folge unregelmäßiger Treffen. Bei der Drei-Königs-Veranstaltung der FDP 1990 schlug Genscher vor, feste KSZE-Institutionen zu etablieren, wie eine Europäische Umweltagentur, einen Europäischen Gerichtshof zum Schutze der Menschenrechte und ein Zentrum zur Verifikation von Abrüstungsverträgen.¹⁸⁵ In seiner zentralen Tutzinger Rede entwickelte Genscher diese Überlegungen weiter, um die KSZE zum „Stabilitätsrahmen und Sicherheitsnetz“ für den Umbruch im Warschauer Pakt bzw. für die deutsche Einigung zu machen. Zehn Punkte listete er dafür auf, wobei er großzügig bestehende oder geplante westeuropäische Institutionen in gesamteuropäische umzuwandeln empfahl: 1. eine „Institution zur Koordinierung der wirtschaftlichen West-Ost-Zusammenarbeit“ (z. B. in Form der

182 Vgl. grundlegend Matthias Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975–1983. Die Umkehrung der Diplomatie. Berlin/Boston 2015; ders.: Sicherheit und Entspannung. Die KSZE-Politik der Bundesregierung in den Krisenjahren 1978–1981. In: Ders./Hermann Wentker (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990. München 2012, S. 59–81; Bressendorf: Frieden (wie Anm. 73), S. 256–266; Petri Hakkarainen: Realistische Entspannungspolitik, multilaterale Deutschlandpolitik. Der Weg zur KSZE-Schlussakte von Helsinki 1974/75. In: Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 125–138; Andreas Wirsching: Der Weg zur deutschen Einheit. Die „deutsche Frage“ als roter Faden in der Politik Hans-Dietrich Genschers. In: Ebd., S. 245–261.

183 Zur sowjetischen Initiative vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 29, Anm. 21, S. 165; zu Genschers Vorreiterrolle vgl. ebd., Dok. 56, S. 289.

184 Vgl. „Die EG befürwortet eine KSZE-Gipfelkonferenz noch in diesem Jahr“. In: FAZ vom 22.1.1990, S. 6. Die Zustimmung der NATO-Staaten erfolgte bei der Open-Skies-Konferenz in Ottawa am 13.2.1990, vgl. Bulletin der Bundesregierung 1990, S. 215.

185 Vgl. Rede in Stuttgart, 6.1.1990. In PA/AA, Nachlass Genscher, Bd. 48. Die Errichtung einer auch für Nicht-Mitgliedstaaten offenen europäischen Umweltagentur wurde im März 1990 vom EG-Ministerrat beschlossen, vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 104, Anm. 24, S. 446.

Osteuropa einschließenden, gerade unter Ägide der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) entstehenden „Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“¹⁸⁶; 2. eine „gesamteuropäische Institution für die Sicherung der Menschenrechte“, naheliegender Weise in Verbindung zum Europarat; 3. ein „Zentrum für die Schaffung eines europäischen Rechtsraumes mit dem Ziel der Rechtsangleichung“; 4. die europäische Umweltagentur; 5. eine „Ausdehnung der EUREKA-Zusammenarbeit¹⁸⁷ auf ganz Europa“; 6. die Kooperation der europäischen Weltraumbehörde „[E]uropean [S]pace [A]gency“ mit entsprechenden Einrichtungen des Ostens“; 7. Zentren zur Entwicklung einer europäischen Telekommunikationsstruktur bzw. 8. Verkehrspolitik und -infrastruktur sowie 9. Zentren für militärische Verifikation bzw. 10. für Konfliktlösung. „Der Verfestigung des KSZE-Prozesses könnte außerdem die Schaffung eines Außenministerrats der KSZE-Staaten dienen, der in regelmäßigen Abständen tagt.“¹⁸⁸ In Genschers Entwurf wurde die KSZE zum tragenden Gerüst eines neuartigen gesamteuropäischen Sicherheitssystems, in dem – wie oben in Abschnitt I. dargelegt – die bestehenden Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt langfristig aufgehen sollten.

Mit dieser KSZE-Konzeption glaubte Genscher die Reformkräfte in der UdSSR stabilisieren zu können und ihnen zugleich eine „goldene Brücke“ zu bauen, über die Moskau zur deutschen Einheit schreiten könne. Gerade weil der Warschauer Pakt und der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe als Herrschaftsinstrumente der UdSSR zerfielen, sei es wichtig, den sowjetischen Wunsch zu unterstützen, „den KSZE-Rahmen als Auffangbecken zu benutzen“, diagnostizierte Genscher: „An einer Balkanisierung Europas könnte niemand Interesse haben.“¹⁸⁹ Die Kennzeichnung der KSZE als notwendigem „Stabilitätsrahmen“ verwendete Genscher im Frühjahr 1990 permanent.¹⁹⁰ Bei den mit der KSZE stets fremdelnden USA warb er dafür mit

186 Zur European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 98, S. 422–424.

187 Die EU[ropean]RE[search]C[oordination]A[gency] wurde 1985 von den damals zwölf EG-Mitgliedstaaten und weiteren acht Staaten gegründet, um durch grenzübergreifende Zusammenarbeit von Unternehmen und Forschungsinstitutionen eine global konkurrenzfähige Hochtechnologiegemeinschaft zu ermöglichen. Vgl. AAPD 1989 (wie Anm. 11), Dok. 113, S. 500–503.

188 Rede Genschers in der Evangelischen Akademie in Tutzing, 31.1.1990. In: PA/AA, B 7 (Ref. 013), Bd. 179077. Teildruck in Kaiser: Deutschlands Vereinigung (wie Anm. 20), S. 190 f.

189 AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 54, S. 217.

190 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 28, S. 122. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 51, S. 269; vgl. https://www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Forschung/AA/AA_Dokumente/055-ZD%20A_1990-02-21_DE_Nr.%205-6.pdf (8.5.2022); AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 67, S. 279 u. Dok. 82, S. 338, sowie vor Landesvertretern der FDP Niedersachsen in Hannover, 17.3.1990. In: PA/AA, Nachlass Genscher, Bd. 48.

dem Argument, ein Ausbau der KSZE sei das Vehikel, um der UdSSR angesichts ihres wegbrechenden Glacis „die Möglichkeit der Gesichtswahrung“ zu geben.¹⁹¹

Angesichts von Genschers massivem Werben für einen substantiellen Ausbau der KSZE – in Verbindung mit seiner gebetsmühlenartig wiederholten Vision, die Militärbündnisse künftig in den neuen gesamteuropäischen Strukturen aufgehen zu lassen – wuchs bei Briten und Amerikanern, sogar bei manchen deutschen Diplomaten der Verdacht, der Außenminister wolle letztlich die NATO, die doch der wahre Stabilitätsanker in Europa sei, durch die – wegen des Konsensprinzips wenig handlungsfähige und östlichen Einflüssen ausgesetzte – KSZE ersetzen.¹⁹² So war auch Kohls Mahnschreiben von Ende März 1990 zu verstehen.¹⁹³

Genschers Engagement für die KSZE bremsten derlei Hinweise kaum. Schließlich wurde die sowjetische Seite nicht müde, allenthalben einzufordern, dass Fortschritte in der deutschen Frage und der Aufbau gesamteuropäischer Sicherheitsstrukturen parallel erfolgen müssten. Während die UdSSR insistierte, diese beiden Stränge müssten synchron verlaufen – das rasche Tempo der deutschen Einigung also an das langsamere der gesamteuropäischen Entwicklung angeglichen werden¹⁹⁴ –, argumentierte Genscher, die deutsche Einigung habe eine positive und äußerst hilfreiche Schmittmacherfunktion für die wachsenden gesamteuropäischen Strukturen. Die deutsche Einigung sei ein elementarer Baustein zur Heilung nicht nur eines Landes, sondern ganz Europas. Dabei gebe gerade die KSZE der UdSSR die Gewissheit, in dem von Gorbatschow beschworenen „Gemeinsamen Haus Europa“ dauerhaftes Wohnrecht zu behalten, also selbst dann nicht aus dem zusammenwachsenden Europa herausgedrängt zu werden, wenn die früheren Satellitenstaaten in Mittel- und Osteuropa längst auf Westeuropa blickten und ihre Annäherung an die EG betrieben. Im KSZE-Europa bleibe Moskaus Rolle als gleichrangiger und gewichtiger Mitentscheider in europäischen Angelegenheiten gesichert. Daher arbeitete Genschers Auswärtiges Amt weiter intensiv daran, die KSZE „als zentrales Instrument zur Herstellung und

191 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 159, S. 756. Später betonte Genscher, es gehe nicht nur um „Gesichtswahrung, sondern um eine substantielle Vertiefung und Institutionalisierung der KSZE“, vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 102, S. 512.

192 Vgl. DBPO: German Unification (wie Anm. 29), Dok. 136, S. 277; Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 192, S. 869. Baker beharrte, bei Sicherheitsstrukturen könne die KSZE nur „eine komplementäre Rolle zur NATO spielen“, vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 79, S. 393. Auch deutsche Diplomaten argwöhnten, Genscher wolle ein weitgehend entmilitarisiertes „Deutschland in einem europäischen, kollektiven Sicherheitssystem“, vgl. Joachim von Arnim: Zeitnot. Moskau, Deutschland und der weltpolitische Umbruch. Bonn 2012, S. 277.

193 Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 76, S. 380 f.

194 Vgl. Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 27, S. 130.

Bewahrung der Einheit Europas (darin eingebettet: deutscher Einigungsprozeß)“ fortzuentwickeln.¹⁹⁵

1990 legten etliche KSZE-Teilnehmerstaaten Pläne vor, die allesamt auf einen Bedeutungsausbau und eine Institutionalisierung der KSZE abzielten,¹⁹⁶ neben der Bundesrepublik die UdSSR,¹⁹⁷ ferner die DDR,¹⁹⁸ Polen¹⁹⁹ und die Tschechoslowakei²⁰⁰ – letztere drei im Verbund einer trilateralen Initiative²⁰¹ – sowie Frankreich.²⁰² Bei allen spezifischen Unterschieden war diesen Initiativen gemeinsam, für regelmäßige, meist jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs bzw. der Außenminister einzutreten, für die Schaffung eines permanenten KSZE-Sekretariats sowie diverser Organe, insbesondere für ein Zentrum zur militärischen Verifikation und ein Zentrum für Konfliktverhütung. Auf sowjetischer Seite registrierte man aufmerksam, dass die bundesdeutschen und sowjetischen Vorstellungen zum institutionellen Ausbau der KSZE weitgehend konform gingen.²⁰³ Mit dem Engagement für die genannten Zentren, die militärischen Zusitzungen vorbeugen, den Einsatz militärischer Machtmittel in Krisensituationen ausschließen und die Überprüfung eingegangener Rüstungskontrollverpflichtungen ergänzen sollten, griff Genscher demonstrativ ein Anliegen auf, für das die UdSSR seit langem warb und das die Reformregierungen in Warschau und Prag unterstützten.²⁰⁴ Damit sollte zugleich ein Postulat aus jenem Schreiben Schewardnadses von Anfang März entschärft werden, wonach Moskau für den Fall nicht weiter spezifizierter „unvorhergesehener Entwicklungen“ Re-

195 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 104, S. 442.

196 Einen konzisen Überblick bietet Hermann Wentker: Die KSZE als Ordnungsfaktor. Höhenflug und Bedeutungsverlust einer Idealvorstellung europäischer Politik (1989–1991). In: Geiger/Lillteicher/Wentker (Hrsg.): *Zwei plus Vier* (wie Anm. 133), S. 125–141.

197 Vgl. Europa-Archiv 1990, D 127–136; Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 131, S. 676–679; AAPD 1989, Dok. 417, S. 1787f.; Lehmann (Hrsg.): Außenpolitik der DDR (wie Anm. 39), Dok. 118, S. 663f. (Auszug); dazu die Analyse des Bundeskanzleramts. In: Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 292, S. 1159f. Ferner Andrei Grachev: From the Common European Home to European Confederation. François Mitterrand and Mikhail Gorbachev in Search of a Road to Greater Europe. In: Frédéric Bozo (Hrsg.): *Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal*. London/New York 2008, S. 207–219.

198 Vgl. Hermann Wentker: Die Außenpolitik der DDR im Prozess der deutschen Wiedervereinigung. In: Gehler/Graf (Hrsg.): *Europa* (wie Anm. 20), S. 46, 55–58. Für die KSZE-Initiative der Regierung Modrow vgl. oben Anm. 39.

199 Vgl. Lehmann (Hrsg.): Außenpolitik der DDR (wie Anm. 39), Dok. 67, S. 519f., Dok. 81, S. 552f.

200 Vgl. ebd., Dok. 74, S. 534–536.

201 Vgl. ebd., Dok. 104 und 122, S. 629–631, 670–675; zu den Reaktionen ebd., Dok. 182, S. 822–825691f. sowie Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 115, S. 570f.

202 Vgl. Frédéric Bozo: The Failure of a Grand Design. Mitterrand's European Confederation, 1989–1991. In: *Contemporary European History* 17 (2008), S. 391–412; Wentker: KSZE (wie Anm. 196); Badalassi/Dumas (Hrsg.): *Reconstructing Europe* (wie Anm. 148), S. 44–107.

203 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 96, S. 413f.

204 Vgl. ebd., Dok. 158, S. 662–668.

aktionsfreiheit für jeden betroffenen Zwei-plus-Vier-Teilnehmer gefordert hatte.²⁰⁵ Im Westen witterte man dahinter das Agieren reaktionärer Gegenkräfte in der Sowjetunion, die sich so den Rückgriff auf eine Intervention im Sinne der Breschnew-Doktrin offenhalten wollten. Genscher versicherte Schewardnadse daher, Bonn sei sich bewusst, „welch große Bedeutung die deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht nur für unsere Völker, sondern für das Schicksal des ganzen Europa haben“. Die sowjetische Führung könne darauf vertrauen, „daß wir Deutschen sehr genau wissen, daß es eigene Sicherheit nicht zu Lasten anderer gibt, und daß wir die sowjetischen Sicherheitsinteressen voll respektieren.“²⁰⁶ Ein KSZE-Konfliktverhütungszentrum sollte helfen, diese Zusage konkret zu untermauern. Gegenüber seinem DDR-Amtskollegen Meckel sprach sich Genscher dafür aus, das mit politischen Fragen befasste Konfliktzentrum in Berlin anzusiedeln, während er einen deutschen Standort für das militärische Verifikationszentrum ablehnte, weil dies als eine speziell auf Deutschland ausgerichtete, mithin diskriminierende Kontrollinstitution missverstanden werden könnte.²⁰⁷

Das erste Halbjahr 1990 verzeichnete bemerkenswerte Fortentwicklungen im KSZE-Bereich. Bereits 1985/86 hatte die Bundesregierung eine KSZE-Ministerkonferenz über wirtschaftliche Fragen angeregt,²⁰⁸ die 1989 mit dem Abschlussdokument des Wiener Folgetreffens für das Frühjahr 1990 nach Bonn einberufen wurde. Da wirtschaftliche Kooperation mittlerweile zu einer „Schlüsselfrage in [den] Ost-West-Beziehungen als Instrumentarium der Überwindung der Trennung Europas und der Stabilisierung der Reformentwicklung“ geworden war,²⁰⁹ gewann diese „Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa“ unerwartet Gewicht und eröffnete neue politische Perspektiven.

Eine Einheit des früheren Ostblocks war nicht mehr zu erkennen; alle Teilnehmerstaaten akzeptierten vielmehr die westlich-liberalen politischen Grundprinzipien von Mehrparteiensystem, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenwürde sowie im Wirtschaftsbereich die marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien. Das galt selbst für die – formal unverändert sozialistische – Sowjetunion.²¹⁰ Auch das „zweite Treffen über die Menschliche

205 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 202A, S. 909. Das Schreiben erhielten alle Zwei-plus-Vier-Beteiligte, vgl. Lehmann: Außenpolitik der DDR (wie Anm. 39), Dok. 58, S. 489 f.

206 Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 74, S. 374 ff., hier S. 376.

207 Vgl. ebd., Dok. 105, S. 525 f.

208 Vgl. AAPD 1985, Dok. 235, S. 1208–1217; AAPD 1986 (wie Anm. 80), Dok. 27, S. 162–168; Rede Kohls vor der VI. Interparlamentarischen Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit am 26.5.1986. In: Bulletin der Bundesregierung 1986, S. 501.

209 So das für Ost-West-Wirtschaftsfragen zuständige AA-Referat 421 am 19.3.1990. In: PA/AA, B 63 (Ref. 421), Bd. 140237.

210 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 97, S. 419–422.

Dimension“ der KSZE im Juni 1990 in Kopenhagen endete mit einem substantiellen Schlussdokument, das „umfangreiche Regelungen zu den Komplexen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, über Antisemitismus und Toleranz, über Minderheiten sowie zu einzelnen Rechten (Meinungsfreiheit, Versammlungsrecht, Wanderarbeiter u.a.)“ enthielt. Der Leiter der westdeutschen KSZE-Delegation urteilte, das Kopenhagener Dokument stehe wegen der tief in rechtliche und politische Strukturen einwirkenden Bestimmungen kaum hinter dem „Prinzipienkatalog für das Zusammenleben der Staaten in Europa“ der Helsinki-Schlussakte zurück: „Beide zusammen können mit Fug als die Magna Charta der KSZE bezeichnet werden.“²¹¹

Dieser handfeste Erfolg westlicher Politik erleichterte der Bonner Diplomatie, auch im NATO-Rahmen „eine starke Annäherung von Positionen einzelner Bündnispartner an deutsche Vorstellungen“ herbeizuführen; die in Ziffer 22 der Londoner NATO-Gipfelerklärung enthaltenen Vorschläge zu Institutionalisierung und Weiterentwicklung der KSZE entsprachen ganz den Wünschen der Bundesregierung.²¹²

Allerdings waren Widerstände wichtiger westlicher Partner damit keineswegs entfallen. Gegen das von Bonn im Gipfelvorbereitungsausschuss eingebrachte Konzept des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) lancierten Briten und Franzosen mit US-Rückendeckung ein unverbindlicheres Konzept für ein primär „technisches VSBM-Implementierungszentrum mit möglichst niedrigem Profil“, weil sie sich offenbar „vor der Schaffung eines ‚europäischen Sicherheitsrates‘, der die NATO evtl. aushöhlen könnte“, fürchteten.²¹³ Bei Gorbatschows und Schewardnadses Besuch im vereinten Deutschland gab sich Genscher dennoch zuversichtlich: Selbst wenn vorerst nicht alle Wünsche beim KVZ erfüllbar seien, solle man damit beginnen „in der selbstverständlichen Erwartung, daß die Funktionen später ausgebaut werden“.²¹⁴

Insgesamt kann die Bedeutung der KSZE in Genschers Konzept kaum überschätzt werden für die Absicht, die deutsche Einheit und die Veränderungen in Mittel-Osteuropa nicht als Niederlage der Sowjetunion zu deuten, sondern vielmehr als gemeinsamen Erfolg aller Beteiligten. Die angeschlagene östliche Supermacht wollte der Außenminister auf keinen Fall in die Enge getrieben sehen. So entstand sein *cantus firmus*, eine „Isolierung der

211 Vgl. ebd., Dok. 202, S. 835–839, hier S. 836.

212 Vgl. ebd., Dok. 210, S. 871–884, hier S. 872. Für die NATO-Gipfelerklärung vom 5.7.1990 vgl. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23693.htm?selectedLocale=en (8.5.2022).

213 Vermerk des AA-Abrüstungsreferats 221 vom 11.9.1990. In: AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 386, Anm. 20, S. 1049 f. Selbst Genschers Intervention bei seinem Freund Dumas konnte die französische Skepsis gegen das deutsche KVZ-Konzept nicht überwinden, vgl. ebd., Dok. 310, Anm. 9, S. 1308.

214 AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 375, S. 1569.

S[owjet-]U[nion] unter Gorbatschow dürfe nicht erfolgen“.²¹⁵ Glaubwürdig konnte er Schewardnadse versichern, „daß das europäische Haus ohne Einbeziehung der Sowjetunion nicht gebaut werden könne. Die Sowjetunion dürfe nicht am Rande bleiben.“²¹⁶ Dies sei seine Grundüberzeugung und gelte losgelöst von der deutschen Frage. Ihre Zustimmung zur Einheit der Deutschen werde der UdSSR nicht zum Schaden gereichen. Im Gegenteil, auch die Sowjetunion werde von der deutschen Einheit profitieren: Der Verlust ihres Satrapen DDR werde durch die Gewinne aus der qualitativ neuen Beziehung zu einem vereinten Deutschland mehr als kompensiert; die Beseitigung des bisher permanenten Stolpersteins „deutsche Teilung“ ermögliche auf allen Feldern eine nachhaltige Verbesserung der bilateralen Beziehungen.²¹⁷

Eine Probe aufs Exempel stellte im Frühjahr 1990 die Überwindung der Schwierigkeiten dar, die sich mit der D-Mark-Einführung in der DDR im Zuge der deutsch-deutschen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion für die dort stationierten Sowjettruppen ergaben. In vier Gesprächsrunden auf Staatssekretärsebene erzielte das Auswärtige Amt mit Moskau eine Einigung für den großzügigen Finanzausgleich der sowjetischen Verluste durch die Bundesrepublik.²¹⁸

Dass sich die Sowjetführung angesichts der zunehmend katastrophalen Wirtschaftslage ihres Landes auf westdeutsche Hilfe verlassen konnte, bewies die Bundesregierung bereits im Februar 1990 durch die mit 220 Mio. DM subventionierte Lieferung von Fleisch und Milchprodukten zur Überwindung von Versorgungsgängen – ein gutes Entrée für Kohls und Genschers unmittelbar folgenden Moskau-Besuch.²¹⁹ Angesichts akuter Finanzengpässe musste Moskau dann ausgerechnet am Vorabend des ersten

215 So Genscher zu NATO-Generalsekretär Wörner in Turnberry, 7.6.1990. In: AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 170, S. 714.

216 Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 37, S. 210.

217 Vgl. ebd., Dok. 23, S. 119, Dok. 27, S. 132, Dok. 30 bzw. 31, S. 156 und 163 u. Dok. 37, S. 210 f. Auch Bundeskanzler Kohl hatte Gorbatschow am 10.2.1990 in Moskau zugesagt, alle wirtschaftlichen Verpflichtungen der DDR gegenüber der UdSSR im Fall der Einheit zu übernehmen, und auf das Entwicklungspotential verwiesen, „wenn die deutsche Frage als Hemmschuh weggeräumt sei.“ Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 174, S. 803 und 807. Seine Zusage wiederholte Kohl am 4.5.1990 gegenüber Schewardnadse, vgl. ebd., Dok. 267, S. 1087 f.

218 Die Verhandlungen führten der für Wirtschaftsfragen im AA zuständige Staatssekretär Hans-Werner Lautenschlager und der stellvertretende sowjetische Außenminister Ernest J. Obminskij. Zu deren Gesprächsrunden vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 132, S. 566–572, Dok. 184, S. 757–759, Dok. 196, S. 815–817; Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 270, S. 1096–1098, Dok. 320, S. 1232–1234, Dok. 329, S. 1275 f.; Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 118, S. 579–582, Dok. 122, S. 591 f.

219 Vgl. Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 114; AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 31, S. 134–136. Im November 1990 erfolgte eine erweiterte Soforthilfe, vgl. ebd., Dok. 400, S. 1670–1679.

Zwei-plus-Vier-Ministertreffens im Bundeskanzleramt um massive Kredithilfe bitten. Ohne Einbeziehung des Auswärtigen Amts handelte der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Horst Teltschik, zusammen mit den Vorstandsvorsitzenden von Deutscher und Dresdner Bank, Hilmar Kopper und Wolfgang Röller, am 14. Mai 1990 in Moskau die Vermittlung und Verbürgung eines Fünf-Milliarden-DM-Sofortkredits aus und stellte einen weiteren, allerdings von mehreren westlichen Ländern zu verbürgenden 20-Mrd. DM-Kredit in Aussicht.²²⁰

Da die sowjetische Seite nichtsahnend die westdeutsche Botschaft in Moskau zur protokollarischen Betreuung der Besucher eingeschaltet hatte, blieb Teltschiks „Geheimmission“ dem Auswärtigen Amt nicht verborgen.²²¹ Allerdings setzte Kohl den Außenminister erst am 21. Mai in vollem Umfang in Kenntnis, als bereits entsprechende Pressemeldungen durchsickerten und klar war, dass Schewardnadse Genscher bei der nächsten Begegnung darauf ansprechen würde.²²² Verständlicherweise nahm Genscher nicht nur am unkoordinierten Prozedere Anstoß; er hielt auch die von Kohl und Teltschik verfolgte Do-ut-des-Taktik, für finanzielle Leistungen der Bundesrepublik kaum verschleiert politisches Entgegenkommen Moskaus in der deutschen Frage einzufordern,²²³ für kontraproduktiv. Als Schewardnadse ihn im vertraulichen Vier-Augen-Gespräch auf die Kreditfrage ansprach, reagierte Genscher daher betont zurückhaltend mit der knappen Auskunft, der Fünf-Milliarden-Kredit sei auf gutem Weg, für die weiteren Kredite spreche Bonn mit westlichen Partnern.²²⁴ Bei einer der folgenden Begegnungen mit dem sowjetischen Außenminister machte er hingegen aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr: Er sei, so Genscher, nach Pressemeldungen zum Kreditthema energisch dem dort erzeugten Eindruck entgegentreten, mit Geld solle politisches Wohlwollen erkauft werden. „Eine solche Deutung sei unwürdig, sie verletze die Würde unserer bilateralen Beziehungen.“ Derlei Gerede sei „unglaublich und unerhört“, ereiferte er sich: „Es gebe eben unverantwortli-

220 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 277, S. 111–1118, Galkin/ Tschernjajew (Hrsg.); Gorbatschow (wie Anm. 17), Dok. 90, S. 395–405; Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 232–235.

221 Vgl. Arnim: Zeitnot (wie Anm. 192), S. 338. Genscher negiert Teltschiks Reise in seinen Erinnerungen geflissentlich.

222 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 151, S. 640 f.; Teltschik: 329 Tage (wie Anm. 1), S. 237. Den US-Präsidenten unterrichtete Kohl dagegen bereits am 17.5.1990 unter vier Augen – beim gemeinsamen Washington-Besuch mit Genscher und Stoltenberg, vgl. [https://bush4library.tamu.edu/files/memcons-telcons/1990-05-17--Kohl%20\[1\].pdf](https://bush4library.tamu.edu/files/memcons-telcons/1990-05-17--Kohl%20[1].pdf) (10.4.2022).

223 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 284, S. 1136 f. In einem Telefonanruf drängte Kohl am 22.5.1990 nochmals, Genscher möge den Konnex zwischen Kreditgewährung und Fortschritten bei der deutschen Einheit bei Schewardnadse am folgenden Tag deutlich machen, vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 151, Anm. 9, S. 641.

224 Hilger (Hrsg.): Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 31, S. 162 f.

che Schwätzer, denen der Mund gestopft gehöre.“²²⁵ Gegenüber den Amerikanern, die von Anfang an den Ansatz des Bundeskanzleramts teilten, in Sachen deutscher Einheit die existentiellen Geldnöte der Sowjets zu nutzen,²²⁶ erläuterte ein westdeutscher Spitzendiplomat, der Versuch, ökonomischen Druck auf die Sowjets auszuüben, widerspreche Genschers Ziel, „to preserve a friendly relationship with the Soviet Union“. Der Bundesaußenminister betrachte die Sowjetunion als „„wounded bear“ which has to be treated cautiously because of its „nuclear claws““.²²⁷

Statt kurzfristigem politischen Zugewinn ging es Genscher um eine auf lange Sicht tragfähige, verlässliche und ebenbürtige Partnerschaft jenseits veralteter Blockgrenzen. Auf sowjetischer Seite anerkannte man dies; nach den deutschen Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg und der anschließenden erbitterten Feindschaft im Kalten Krieg war es insofern mehr als ein Ritterschlag für Genschers jahrelange Versöhnungspolitik, wenn der sowjetische Außenminister offenbarte: „Die Sowjetunion vertraue Deutschland am meisten.“²²⁸

Wie kein zweiter westlicher Staat setzte sich die Bundesregierung 1989/90 in sämtlichen multilateralen Institutionen für rasche und umfassende Wirtschafts- und Finanzhilfen an die Sowjetunion ein: in der EG,²²⁹ der als Hilfe-Zusammenschluss für die mittel-osteuropäischen Reformstaaten konzipierten G 24²³⁰ und im Kreis der sieben führenden westlichen Industriestaaten.²³¹ Nicht nur vor und beim Weltwirtschaftsgipfel in Houston Anfang Juli 1990 warb Bonn für konkrete Hilfen für die Reformkräfte in Moskau. Auch nach Vollendung der deutschen Einheit ging 1991 die Einla-

225 Ebd., Dok. 24, S. 171 f.

226 Schon beim Treffen in Camp David am 24.2.1990 hatte Bush treffend auf die Finanz- und Wirtschaftskraft der Bundesrepublik hingewiesen: „You have deep pockets.“ Vgl. <https://bush4library.tamu.edu/files/memcons-telcons/1990-02-24--Kohl.pdf> (10.4.2022). Der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater Robert Gates brachte dieses Kalkül auf die prägnante Formel, man müsse mit finanziellen Anreizen und Zusagen versuchen, „to bribe the Soviets out of Germany“, zit. nach Sarotte: 1989 (wie Anm. 1), S. 151.

227 Fehnschreiben der amerikanischen VKSE-Delegation, Wien, 9.6.1990. In: National Security Archive, Briefing Book #707, The Washington/Camp David Meeting 30 years ago, <https://assets.documentcloud.org/documents/6935355/National-Security-Archive-Doc-23-U-S-Mission.pdf> (10.04.2022).

228 Hilger: Diplomatie (wie Anm. 2), Dok. 35, S. 186, bzw. Genscher: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 809.

229 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 145, S. 617 f., 623 f., Dok. 198, S. 822 und 825, Dok. 325, S. 1360, Dok. 372, S. 1550, 1553. Entsprechende Sowjetunionhilfen der EG wurden auf dem Europäischen Rat in Rom am 14./15.12.1990 verabschiedet, vgl. ebd., Dok. 427, S. 1793 und 1795.

230 Vgl. Runderlass (Ortez) Nr. 49, 10.7.1990. In: PA/AA, B 5 (Ref. 012–9), Bd. 161322. Auch AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 207, S. 853–858.

231 Vgl. Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 312, S. 1211 f. u. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 220, S. 933–938.

dung Gorbatschows zum Weltwirtschaftsgipfel in London maßgeblich auf das Engagement der Bundesregierung zurück.²³²

Für Moskau war unübersehbar, dass Bonn handelte, während andere im Westen zögerten. Das galt auch im bilateralen Bereich, wo der Zwei-plus-Vier-Vertrag von vier weiteren deutsch-sowjetischen Abkommen flankiert wurde. Diese sind zwar wenig ins historische Bewusstsein gedrungen, doch für die UdSSR war, wie sich auch im Ratifizierungsprozess zeigte, die „abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ nur im Gesamtverbund dieser „Begleitverträge“ denkbar. Dazu gehörten neben dem Aufenthalts- und Abzugsvertrag, der die Rückkehr der über 500.000 WGT-Soldaten nebst Angehörigen bis 1994 regelte,²³³ das aus sowjetischer Sicht noch wichtigere „Überleitungsabkommen“, das die finanziellen Zusagen der Bundesrepublik in Höhe von zwölf Mrd. DM und eines weiteren Kredits über drei Mrd. DM regelte, um – auch in Form eines Wohnungsbauprogramms für die heimkehrenden Sowjetsolden – diesen Abzug überhaupt erst zu ermöglichen.²³⁴ Der Vertrag über Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, meist kurz „Umfassender Vertrag“, genannt, sollte mit seiner Laufzeit von zwanzig Jahren die in Aussicht gestellte langfristige enge Kooperation im ganzen Spektrum von Politik, Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik garantieren,²³⁵ letzteres wurde nochmals in einem speziellen Vertrag abgesichert.²³⁶

Die im Zwei-plus-Vier-Vertrag erzielte Regelung der deutschen Einigung wurde allen KSZE-Teilnehmerstaaten zunächst beim Außenministertreffen in New York und erneut beim Gipfel in Paris im November zur Kenntnis gebracht. Die mittlerweile 34 Staats- und Regierungschefs würdigten die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands als bedeutsamen „Beitrag zu einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für ein geeintes demokratisches Europa, das sich seiner Verantwortung für Stabilität, Frieden und Zusammenarbeit bewußt ist.“²³⁷ In der „Charta von Paris für ein neues

232 Vgl. Kohl: Erinnerungen (wie Anm. 169), S. 345; AAPD 1991, bearb. von Matthias Peter, Tim Szatkowski und Christoph Franzen. Berlin/Boston 2022, Dok. 175, S. 713, Dok. 180, S. 726.

233 Zum Aufenthalts- und Abzugsvertrag vom 12.10.1990 vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 168, S. 759–762; Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 425, S. 1546–1549; generell als Überblick über die vier bilateralen Verträge AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 378, S. 1580–1586.

234 Vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 289, S. 1233 f., Dok. 334, S. 1393–1396; Deutsche Einheit (wie Anm. 8), Dok. 418–418B, S. 1534–1536; Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 156, S. 712–716.

235 Vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 159, S. 726–729 u. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 378, S. 1580–1586.

236 Zum Vertrag vom 9.11.1990 über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 291, S. 1236–1238 u. 334, S. 1393–1396.

237 Vgl. Auswärtiges Amt (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik (wie Anm. 51), S. 265–277, Zitat S. 268; ferner Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 170, S. 765–772.

Europa“ wurde „das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas“ feierlich zu Grabe getragen und der Aufbruch in ein neues Zeitalter von Demokratie, Frieden und Menschenrechten verkündet. Alle Teilnehmerstaaten sollten fortan in ihren Beziehungen untereinander auf Gewalt und Drohungen verzichten sowie Konflikte nur noch friedlich beilegen. Institutionalisiert wurden neue Strukturen wie regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs, ein mindestens jährlich tagender Rat der Außenminister und eine Parlamentarische Versammlung. Als KSZE-Organe entstanden ein Sekretariat in Prag, ein Konfliktverhützungszentrum in Wien und ein „Büro für freie Wahlen“ in Warschau, das bald nach seiner Konstituierung 1991 in „Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte“ umbenannt wurde. Eine Referenz an Genscher als Mentor der KSZE und Promotor ihres Ausbaus war, dass die erste Sitzung des neugeschaffenen Außenministerrats im Juni 1991 in Berlin, gleichsam im Herzen des zuvor geteilten Kontinents, stattfand und der Posten des ersten Generalsekretärs mit einem führenden Beamten aus Genschers Haus besetzt wurde.²³⁸

VI. Schlussbetrachtung

Als 1995 die Umbenennung der KSZE in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) deren neuen Status amtlich besiegelte, war bereits offenkundig, dass sich die während der welthistorischen Wende 1989/90 mit der KSZE verknüpften Erwartungen nicht erfüllt hatten. „Der Putsch gegen Gorbatschow (August 1991), die Auflösung der Sowjetunion (Ende 1991), die Orientierung von mittel- und osteuropäischen Staaten hin zur NATO und zur Europäischen Union sowie der Beginn der katastrophalen Balkankriege im Zuge der Auflösung Jugoslawiens (ab 1991) ließen die zukunftsoptimistischen Inhalte der ‚Charta von Paris‘ bald schon verblasen.“²³⁹ Statt eines auf der KSZE/OSZE basierenden gesamteuropäischen Sicherheitssystems, das Grenzen und Gräben überwinden sollte, erfolgte seit den späten 1990er Jahren eine sukzessive Osterweiterung der NATO, die Russland letztlich als feindseligen Akt empfand.

Spätestens seit den 2010er Jahren dominiert im Ost-West-Verhältnis wieder die nie gänzlich verschwundene alte Kalte-Kriegs-Logik vom internationalen Nullsummen-Spiel, der zufolge der Gewinn der einen Seite automatisch zu entsprechenden Verlusten der anderen Seite führe, und nicht

238 Vgl. AAPD 1991 (wie Anm. 232), Dok. 212, S. 871–875. Der stellvertretende Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm Höynck, wurde 1993 bis 1996 erster KSZE-Generalsekretär.

239 Amos/Geiger: Das Auswärtige Amt (wie Anm. 20), S. 89 f.

mehr die von Genscher verfochtene und 1989/90 so erfolgreich praktizierte Konzeption der Gemeinsamen Sicherheit aller in einer kooperativen Weltordnung. Als „Elder Statesman“ hat Genscher diese Entwicklung, auch Versäumnisse auf westlicher Seite, deutlich kritisiert und immer wieder einen intensiven Dialog mit dem schwierigen Partner Russland angemahnt. Seine ein halbes Jahr vor seinem Tod geäußerte Feststellung, „Ich wollte die Teilung Europas beenden, nicht nach Osten verschieben“,²⁴⁰ bleibt auch künftig ein Auftrag deutscher wie europäischer Politik.

Unterm Strich ist es Außenminister Genscher und Bundeskanzler Kohl zusammen gelungen, die nationalen Interessen Deutschlands – die staatliche Einheit – und jene Europas bzw. der europäischen Nachbarn, auch deren Sicherheitsbedürfnis vor Deutschland, zusammenzuführen. Beide Politiker prägte, nicht zuletzt aus biographischer Erfahrung, jene Grundüberzeugung, die sich präsent im Diktum von Thomas Mann ausdrückt, man wolle „ein europäisches Deutschland, nicht ein deutsches Europa“ – kein Wunder, dass Genscher dieses Zitat nach dem Mauerfall quasi in Endlosschleife bemüht hat.²⁴¹ Wie gezeigt, gab es zwischen dem Kanzler und seinem Stellvertreter durchaus konzeptionelle und methodische Unterschiede, etwa hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze, dem vorrangigen Bekenntnis zur NATO bzw. zur KSZE, aber im Endeffekt waren diese meist mehr gradueller als grundsätzlicher Natur. Zudem waren sie in teils persönlichen Animositäten und institutionellen Rivalitäten begründet, wie sie zwischen Großbürokratien wie dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Amt, und den stets die nächsten Wahlen mitbedenkenden Koalitionspartnern und machtbewussten „Alpha-Politikern“ gleichsam unausweichlich sind. Trotz manch störender Alleingänge überwog am Ende, wie bereits Gerhard A. Ritter zutreffend konstatierte, im nie spannungsfreien, aber letztlich von einem breiten politischen Grundkonsens getragenen und durch ihre persönliche Freundschaft untermauerten Verhältnis zwischen Kohl und Genscher die produktive, bisweilen arbeits-

240 „Ich wollte die Teilung Europas beenden, nicht nach Osten verschieben“. In: Die Welt vom 14.9.2015, S. 8. Vgl. „Auch Rußland ist Europa“ (Namensartikel). In: Der Tagesspiegel vom 11.3.2008, S. 8; „Intensiver Dialog mit Russland“. Der ehemalige Außenminister über Geschichte und Zukunft des Bündnisses (60 Jahre NATO). In: Das Parlament Nr. 1/2 vom 29.12.2008/5.1.2009, S. 7; „Wir müssen auf die Russen zugehen“. In: Süddeutsche Zeitung. Magazin, vom 21.8.2015, S. 17–22.

241 Vgl. Kiessler/Elbe: Runder Tisch (wie Anm. 1), S. 219. Beispielsweise zitierte Genscher Manns Bonmot in der Drei-Königs-Rede am 6.1. und in Ottawa am 13.2. – sowohl bilateral gegenüber Schewardnadse, vgl. Tagebucheintrag Tejmuraz Stepanov-Mamaladze, 13.2.1990. In: Stefan Karner u.a. (Hrsg.): Der Kreml und die deutsche Wiedervereinigung 1990. Interne sowjetische Analysen. Berlin 2015, Dok. 9, S. 174 f., als auch im Open-Skies-Plenum, vgl. Genscher Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 725, beim EPZ-Treffen in Dublin am 21.2.1990, vgl. Die Einheit (wie Anm. 2), Dok. 55, S. 284, und im Gespräch mit der niederländischen Regierung am 27.2.1990, vgl. AAPD 1990 (wie Anm. 26), Dok. 53, S. 215.

teilige Zusammenarbeit.²⁴² Und dazu gehörten vorneweg der – durchaus nicht bei allen Politikern der damaligen Zeit – ausgeprägte Wille zur staatlichen Vereinigung Deutschlands sowie zur unangefochtenen Fortführung der bisherigen Westbindung der Bundesrepublik. Die Zurückweisung einer Neutralisierung und die Bestätigung bzw. Fortführung der vierzigjährigen Westintegration betrieben Kanzler und Außenminister auch, um den Sorgen der übrigen Europäer vor einem übermächtigen Deutschland zu begegnen, aber eben vorrangig, weil sie keinerlei Zweifel an der politischen Richtigkeit dieses Kurses hegten. Beide waren überzeugte „Herzenseuropäer“,²⁴³ welche die deutsche Einigung als Chance nutzten, die westeuropäische Integration kraftvoll und irreversibel voranzutreiben – insbesondere mit einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Zugleich war sowohl Kohl als auch Genscher stets bewusst, dass Europa mehr als Westeuropa war – und deshalb weder an der Elbe noch an der Oder enden dürfe. Daraus resultierten ihre Bemühungen, die mittel- und osteuropäischen Reformstaaten durch intensive bilaterale Beziehungen und aktive Heranführung an die westlichen Organisationen zu stärken. Hinsichtlich Polens besaß Genscher allerdings das bessere Gespür, dass für Warschau zunächst die unkonditionierte Anerkennung des territorialen Besitzstandes, d.h., der politisch und gesellschaftlich längst präjudizierte endgültige Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete, die zunächst alles andere überdeckende Grundvoraussetzung blieb – jenseits aller völkerrechtlich notwendigen Formalia. Zur Entschärfung der Sprengkraft der polnischen Grenzfrage, hinter der sich zunehmend alle internationalen Bedenkenträger gegen die deutsche Einheit zu sammeln begannen, hat der Außenminister deutlich mehr als der Kanzler beigetragen.

Auch im Kärrnerfeld der Abrüstung, die zur Befriedung des immensen sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses zentral war, hat das Auswärtige Amt unter Genscher qua Zuständigkeit entscheidende Impulse gegeben. Von dem Vertrauenskapital, das Genschers langjähriges rüstungskontroll- und entspannungspolitisches Engagement insbesondere auch gegenüber der UdSSR darstellte, profitierte die deutsche Diplomatie in den entscheidenden Jahren 1989/90 ganz maßgeblich. Wohl noch etwas mehr als der Kanzler blieb Genscher bemüht, der strauchelnden Supermacht UdSSR entgegenzukommen, damit diese ihr Prestige wahren und ihr Sicherheitsbedürfnis befriedigen könne. Genschers in langen Amtsjahren erwiesene Verlässlichkeit und nimmermüde, geradezu legendär gewordene Gesprächs- und Kontaktbereitschaft hat hier wie auch in Westeuropa manche Ängste, Vorbehalte und Missverständnisse abbauen können.

242 Vgl. Ritter: Genscher (wie Anm. 1), S. 182 f.

243 Schwarz: Kohl (wie Anm. 15), S. 434.

Dass der Außenminister dabei stets die – neben dem europäischen Standbein nicht minder wichtige – atlantische Rückbindung bundesdeutscher Politik mitbedachte, verband ihn ebenfalls mit dem überzeugten Amerikafreund Helmut Kohl. Der Streit, wem größerer oder maßgeblicherer Anteil bei der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zukomme, bleibt müßig – beider Verdienste sind unbestreitbar und die liberale Handschrift Genschers im Prozess der deutschen Einigung unverkennbar.

